

Anlage 1

- zweifach einreichen -

An die
Bezirksregierung
Dezernat 36
Kompetenzzentrum für Integration
Seibertzstr. 1
59821 Arnsberg

Betr.: Förderungsmaßnahmen im Aufgabenbereich des § 96 BVFG

hier: Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für

.....
.....

Bezug: Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen gemäß § 96 Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) durch das Land Nordrhein-Westfalen – Runderlass Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (ab 7.7.2005 Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen) vom 1.10.1993 (SMBI. NRW. 2430) –

1. ANTRAGSTELLER		
Name/Bezeichnung		
Anschrift:	Straße/PLZ/Ort/Landkreis	
Auskunft erteilt:	Name/Tel. (Durchwahl)	
Bankverbindung:	Konto-Nr.	BLZ
	Bezeichnung des Kreditinstituts	
2. Maßnahme		
Bezeichnung/ angesprochener Zuwendungsbereich		
Ort und Zeit der Maßnahme		
Zahl der Teilnehmer		

3. GESAMTKOSTEN	
3.1 Reisekostenerstattungen für den Personenkreis nach	
- Nr. 4.4.2 der Richtlinien€
- Nr. 4.4.5 der Richtlinien€
3.2 Fahrkosten	
- der Teilnehmer nach Nr. 4.4.3 der Richtlinien€
- für den Personenkreis nach Nr. 4.4.6 der Richtlinien€
3.3 Honorare	
- Nr. 4.4.4.1 der Richtlinien€
- Nr. 4.4.4.2 der Richtlinien€
- Nr. 4.4.4.3 der Richtlinien€
- Nr. 4.4.5 der Richtlinien€
- Nr. 4.4.6 der Richtlinien€
3.4 Sachausgaben (nach gesondert beigefügter Aufstellung)	
3.5 Sonstige Ausgaben	
Zwischensumme:	
3.6 Hiervon bis zu 15 v.H. bzw. maximal 766,94 € (nach Nr. 4.4.7 der Richtlinien)	
insgesamt:	
4. FINANZIERUNGSPLAN	
4.1 Gesamtkosten (Nr. 3)	
4.2 Eigenanteil	
4.3 Teilnehmerbeiträge, Eintrittsgelder, etc.	
4.4 Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)	
4.5 Beantragte/bewilligte öffentliche Förderung (ohne Nr. 4.6) durch:	
4.6 Beantragte Zuwendung des Landes NRW	

5. B E G R Ü N D U N G

5.1 Zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a. Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen). Ggf. kann auf das Programm verwiesen werden.

5.2. Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a. Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

5..3 Bei grenzüberschreitenden Maßnahmen:

Darstellung, in welcher Weise Staatsangehörige oder Institutionen des Herkunftslandes in die Maßnahme eingebunden sind und wie dem Gedanken der Völkerverständigung Rechnung getragen wird.

6. E R K L Ä R U N G E N

Der Antragsteller erklärt, dass

6.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,

6.2 er zum Vorsteuerabzug¹⁾

- nicht berechtigt ist.
- berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Ausgaben berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer).

6.3 die Angaben in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.

.....
(Ort/Datum)

.....
(Rechtsverbindliche Unterschrift)

1) zutreffendes ankreuzen